

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1828

Samstags No. 28

Samstag, den 9. Juni 1928

Bestenfallsige Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Die neue, verbesserte und erweiterte Ausgabe des Nagolder Tagblattes ist in bester Ausstattung erschienen. Sie enthält alle Nachrichten und Anzeigen, die für den Oberamtsbezirk Nagold von Interesse sind.

Telegraphische Adresse: Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5115.

Nr. 132

97. Jahrgang

Politische Wochenschau

Was werden die Flecken in Frankreich sein, die nicht ein Siegedenkmäler besitzen. Und in vielen Ortsgeschichten wird verzeichnet stehen: Er ist dabei gewesen, Raymond Poincaré nämlich. Auch am letzten Sonntag war er wieder dabei, als in Chaumont das Denkmal enthüllt wurde, das der französisch-amerikanischen Freundschaft geweiht ist. Auch der amerikanische Botschafter von Paris, Mister Herrick, war natürlich dabei, und er ist eine Seite in der Geschichte, die schon um des Denkmals willen, um die Freundschaft zwar nicht herunters, es aber doch auch für möglich hielt, dem Freund in diplomatisch gekleideten Worten eine Lehre zu geben: „Man liefert jetzt eine riesenhafte Schlacht um den Frieden, von der die Ruhe der Welt, nicht nur der Sieger, sondern auch der Besiegten des Krieges abhängt.“ Man sagt, daß nicht nur die Besiegten ein Interesse daran haben, für den Frieden in gegenwärtigen Kampf zu arbeiten, sondern daß auch die „Sieger“ dazu verpflichtet seien, indem sie den Bogen nicht überspannen. Die Freundschaft hat den Bunt schon verstanden, das Pariser „Journal des Debats“ wurde daher klug beauftragt, den Sinn der Worte Herricks umzubiegen: Die Besiegten hätten ein Interesse daran, die Rückkehr zur Ruhe zu erleichtern, d. h. zu kapitulieren.

Je größer die Enttäuschung über das Ruhrabenteuer bei den Siegern wird, desto leidenschaftlicher wird ihre Stimmungsmache für die Kapitulation. Die Reden, die Poincaré und Präsident Millerand nach Herrick in Chaumont hielten, gipfeln in der Forderung, wenn es Ruhe geben solle, so müsse Deutschland kapitulieren. Kapitulieren, kapitulieren! galle es aus dem ganzen Zornwortschatz von Demagogikern, die am gleichen Sonntag in allen Ecken und Enden Frankreichs losgelassen wurden. Poincaré hatte fast sein ganzes Kabinett auf Werbereisen geschickt. Die Minister Poincaré, Berand und der Unterstaatssekretär Vidal waren in Moulins, der Minister Chéron in Hagendorn, der Minister Reibel in Rambouillet, der Minister des Innern Maunoury in Metz, Handelsminister Dorn in Granville, der ehemalige Minister Vougeur in Maubeuge. Wann und wo ist es ein solcher Aufwand von der deutschen Reichsregierung getrieben worden, der Poincaré vorwarf, sie verbreite eine majestätische Hege gegen die Besiegten des Ruhrgebietes.

Aber man muß es Herrn Poincaré lassen: er findet im gegebenen Augenblick immer ein seiner Politik mögliches Schlagwort, das seine Wirkung bei der blöde dreisprachigen Welt meist um so weniger verliert, je lauter und lauter es ausgesprochen wird. Poincarés blühende Schlagwortpolitik hat aus dem schamlosesten Rechts- und Verratsbuch eine berechtigte Notwehr Frankreichs gemacht. Die Feststellungen der brutalsten Gewalt, von Rechtsverletzung, Raub und Mord sind zu deutschen Lügen oder böswilligen Umdeutungen geworden, die Abwehr des Überfalls eine vertragswidrige Aufhebung, der passive Widerstand eine strafliche Friedensstörung. Und wer könnte leugnen, daß dies alles in ihrer Beharrlichkeit von nicht geringem Erfolg gewesen ist? Man kann kurz an ein Seitenstück erinnern. Seit einiger Zeit leugnet Poincaré mit auffällender Bestimmtheit jede Eroberungsabsicht ab, ja er hat in der französischen Kammer am 25. Mai die, die dieses behaupten, „unverschämte Verleumdungen“ genannt. Am 12. März 1919 hat er aber als damaliger Präsident von Frankreich dem Friedenskongress in Versailles die Forderung für den Friedensvertrag vorlegen lassen, Deutschland habe auf seine Staatshoheit, so wie auf jede Zollvereinbarung mit den auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reichs zu verzichten. Tardieu berichtet in seinem Buch „Der Friede“ ahnunglos, bei den Verhandlungen in Versailles habe Frankreich verlangt, daß seine Hoheitsgrenze an den Rhein verlegt werden müsse. Die Forderung ist am Widerstand der Verbündeten gescheitert, aber berechtigt die selbsterleichte französische Politik etwa zu der Annahme, daß Frankreich auf sie verzichtet habe? Das Saargebiet wird als französisches Land behandelt; die Seite der Sonderländer wurde und wird als Sprengkörper gearbeitet und gepflegt; die, wie Frankreich zugefandenermaßen sehr wohl weiß, unerfüllbaren Entschädigungsforderungen werden in einer Weise betrieben, die ihm die begehrten Gebiete als Bländer in die Hand geben sollte. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist nicht um der paar Tonnen Kohlen willen erfolgt. Die Deutschland wegen eines Bergarbeiterstreiks an der absichtlich übermäßig hoch getriebenen Tributforderung fehlen lassen mußte, sondern sie ist eine verfehlte Eroberung, wie schon daraus hervorgeht, daß Essen nicht geräumt werden soll, bis der letzte Pfennig bezahlt sei. Hat doch Poincaré wiederholt erklärt, er werde nachholen, was ihm im Friedensvertrag verweigert worden sei. Dast zu rechter Zeit enthält auch noch der in diesen Tagen vor dem Volksgericht in München sich abspielende Hochverratsprozeß gegen Frick, Raabhaus und Genossen den wahren Zweck der Ruhrbesetzung aufs gründlichste. Der französische Oberst Michert hat im Februar dieses Jahres, vier Wochen nach dem Ruhrstreik, als Vertrauensmann Millerands und Poincarés den damaligen „Vertrauensmann“ Hipp und Har erklärt, daß Frankreich das ganze linke Rheinufer samt dem Ruhrgebiet

sich einverleiben werde. Das Schlagwort von den „unverschämten Verleumdungen“ soll die Bedenken, die England gegen den beabsichtigten Nachdruck Frankreichs hat, zerstreuen oder ihm wenigstens eine Brücke bauen, über die es seine moralischen Bedenken zurückziehen kann. Wird es von dieser Brücke Gebrauch machen? Fast möchte es so scheinen, wenn die Londoner und Pariser Zeitungsnachrichten wahr sind, daß der neue britische Premierminister Baldwin bereit sei, dem andern vielversprechenden Schlagwort Poincarés von der Sicherung Frankreichs gegen einen deutschen Angriff den weitesten Spielraum zu lassen und es zu unterstützen, was praktisch doch auf die dauernde Befreiung der Franzosen am Mittelrhein hinauslaufen würde. Offen gesagt, wir werden uns in dieser Beziehung von der Verbandskonferenz, die demnächst in Osnabrück stattfinden soll, vielleicht des Schlimmsten zu versehen haben.

Rum ist allerdings nicht alles so ganz nach dem Wunsch Poincarés gegangen. Die Belgier haben es durchgesetzt, daß die Stellungnahme zu dem neuen deutschen Angebot, das am Donnerstag den Verbündeten amtlich übergeben wurde, nicht Poincaré allein überlassen bleibt, sondern daß alle Verbündeten gemeinsam in Osnabrück die Antwort darauf feststellen. Aber es ist Poincaré in der Besprechung mit den belgischen Ministern in Brüssel am 6. Juni einsehend leicht geworden, für die Konferenz in Osnabrück solche „unerschütterlichen“ Vorbedingungen herauszuschlagen, daß er nicht mehr zu beschließen braucht, die Konferenz könne ihm das Konzept verwerfen. Erstlich soll anerkannt werden, daß mit Deutschland über die Kriegsschuldigung nur verhandelt wird, wenn der „passive Widerstand“, der den Franzosen so heillos zu schaffen macht, vorher aufgegeben ist. Nicht so einfach, denn die Reichsregierung hat es gar nicht in der Hand, diesen Widerstand aufhören zu lassen, da die Bergarbeiter, auf die es ankommt, ihn auf eigene Faust fortsetzen würden, wie sie ihn auf eigene Faust begonnen haben. Den Franzosen liegt aber alles daran, von dieser Forderung befreit zu werden, damit sie wieder zu ihren Kohlen und ihrem Rots kommen. Die Lage hängt an für Frankreich bräutig zu werden. Seine Wirtschaft kann den Ausfall um so weniger ertragen, als das Land eine innere und äußere Schuld von 350 Milliarden Franken hat, die, wenn auch die äußere Schuld noch mit keinem Pfennig verzinst worden ist, jährlich um eine Milliarde anwächst. Tappelt empfindlich für Frankreich, das bis vor dem Krieg ein Münzgebiet war, das man oft den Bonifer der Welt genannt hat. Vor allem will aber Frankreich aus dem Ruhrgebiet als Sieger hervorgehen, um seinen „Rechtsanspruch“ wäre es sonst geheißen. Deutschland soll kapitulieren. Was im Friedensvertrag die erzwungene und leidvolle von Deutschland unterzeichnete Anerkennung der deutschen Schuld am Krieg war, basistiert die Kapitulation. Der Ruhrstreik würde dadurch von Deutschland als recht und vertragsmäßig und der Widerstand als ungerechtfertigt anerkannt.

Die zweite Vorbedingung Poincarés ist die nun auch von Belgien vertretene Forderung, daß die übrigen Verbündeten der dauernden Besetzung des Ruhrgebietes zustimmen und daß die Räumung des Ruhrgebietes nur im Verhältnis zu den Zahlungen Deutschlands schrittweise geschieht.

Für Deutschland sind diese Bedingungen schlechthin unannehmbar. Die Kapitulation ist praktisch und moralisch unmöglich. Keine deutsche Regierung wird ein zweites Versailles verantworten können und unter gutem Recht von dem übermächtigen „Sieger“ mit Füßen treten lassen dürfen. Was aber den zweiten Punkt anlangt, so wird uns Deutsche wenigstens Herr Poincaré mit dem Schlagwort der gestaffelten Räumung nicht täuschen. Wir wissen ganz genau, daß wir die feindlichen Entschädigungsforderungen, deren Sinn und Zweck ja eben die Unerschütterlichkeit ist, niemals ableiten können, erst recht nicht, wenn das Ruhrgebiet besetzt bleibt. Die schwedende Reichsschuld ist über 10000 Milliarden Mark schon hinausgefallen. Der Papiergeldumlauf, von dem die Franzosen Woche um Woche einige Milliarden „beschlagen“, hat rund 8000 Milliarden erreicht, der Dollar liegt wieder um 8000 herum. Für die Brotverbilligung soll eine neue Vermögensabgabe von etwa 1700 Milliarden erhoben werden. Die Steuern auf Salz, Mineralwasser und Leuchtmittel sollen so erhöht werden, daß sie zusammen dem Reich 6100 Millionen Mark statt bisher 207 Millionen einbringen. Auch der Zucker wird höher besteuert werden. Die Eisenbahn hat am 1. Juni ihre Tarife verdoppelt, am 1. Juli wird die Reichspost ihre Gebühren zum Teil um das Dreifache oder Vierfache, die Fernspreckgebühren um das Fünffache oder Sechsfache erhöhen. Ein Mann nur könnte bei einer solchen Kreisbelastung unserer Wirtschaft mahnen, daß Deutschland auch bei größten Anstrengungen instand wäre, die geforderte Entschädigung zu zahlen. Mit anderen Worten: auch die Ruhrbesetzung würde ein dauernder Landraub sein.

Wenn daher die neue deutsche Note der Ehre und den Lebensinteressen des Reichs und des deutschen Volks gerecht werden soll, so muß sie die Vorbedingungen von Brüssel ablehnen. Mit Bedauern muß man aber wieder wie bei der ersten Note feststellen, daß über den Inhalt und die Form der Note, die uns Deutschen gegenüber mit dem Mantel des höchsten Geheimnisses umkleidet worden war, schon vor einigen Tagen in Wiener und Pariser Blättern Mittelungen gemacht

wurden konnten, daß der belgische Minister Tappier in Brüssel am 6. Juni Poincaré eine telegraphisch aus Berlin eingetroffene Inhaltsangabe vorlegen konnte, während die Note amtlich erst am 7. Juli übergeben wurde. Ueber die „Unerschütterlichkeit“ des Regierungsapparats hat man in den letzten Jahren ja und je zu sagen Brautloshung gehabt, endlich sollte diesem Uebelstand aber doch einmal gründlich abgeholfen werden. Zum mindesten kann verlangt werden, daß das deutsche Volk wichtige Entscheidungen seiner eigenen Regierung nicht zuerst aus fremden Zeitungen erfährt.

Die deutsche Denkschrift

Das ergänzende Annebot

Am Donnerstag, den 7. Juni, hat die Reichsregierung den verbündeten Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erklärung und Ergänzung der ersten deutschen Note vom 2. Mai eine Denkschrift übergeben lassen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenwechsels erschweren könnte, hat die Reichsregierung in der Rücksicht auf die Antwortnoten des Verbands sich auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der verbündeten Mächte gemeinsam sind. Die neue Denkschrift hat nach WTB. folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Entschädigungen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und die Frage ihrer wirtschaftlichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie nur, um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entschädigung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein kürzer Beweis für den guten Willen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Anfordern vollen Einblick in die finanzielle Finanzverwaltung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den entschädigungsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die verbündeten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Sicherheiten für die Durchführung des endgültigen Plans vor:

A) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstbefähigtes Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

B) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Bürgschaft heranziehen, die als erstbefähigtes Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erlassenden Steuer oder unmittelbar von den zu befallenden Objekten aufgebracht.

C) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuer auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Kriegsjahre auf rund 800 Millionen Goldmark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entwerfende Vorschläge nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen



Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erstelt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung der Gesamtfrage ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Sicherheiten in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Sicherheiten dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtungen zur Entschädigung an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Paris, 8. Juni. Poincaré erklärte einigen Pressevertretern, die neue deutsche Note enthalte nichts über die Frage des passiven Widerstands, worüber die französische Regierung gerade Auskunft haben wolle. Es könne nur verhandelt werden, wenn die deutsche Reichsregierung alle ihre diesbezüglichen Verordnungen zurückziehe, andernfalls sei die Antwort schon in Brüssel gegeben.

Die Pariser Presse lehnt die deutsche Note scharf ab. „Echo de Paris“ meint, die deutsche Reichsregierung trete mit der Note den Rückzug an.

London, 8. Juni. Die britische Regierung wird sich, wie Reuters meldet, über die deutsche Note nicht äußern, bevor die Auffassungen der anderen Verbündeten bekannt sind. Zum Gedankenaustausch werde auf der bevorstehenden Konferenz Gelegenheit sein.

Der größere Teil der Blätter bespricht die Note günstig, jedoch wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die französische Regierung sie zurückweise.

Berlin, 8. Juni. Reichsminister des Innern Dr. von Rosenberg erklärte, die Reichsregierung habe die zweite Note abgelehnt, um alles zu vermeiden, was einer Verständigung im Weg stehen könnte. Man habe sich zu der Form der Ergänzung entschlossen, weil die französische und die belgische Antwort eine Fortführung der Erörterung unmöglich gemacht haben. Die deutsche Auffassung bleibe dieselbe wie in der Note vom 2. Mai, namentlich bezüglich des passiven Widerstands, auf den die Regierung keinen maßgeblichen Einfluß habe und den die Bevölkerung erst aufgeben werde, wenn die Ursachen beseitigt seien.

Vom Ruhrkrieg

Verurteilungen

Mainz, 8. Juni. Wegen Einführung von Flugblättern betreffend die Ruhrhilfe und den passiven Widerstand in den Besatzungsbezirk Mainz wurden verurteilt der Eisenbahnbetriebsrat K. J. Gerlich aus Höchst a. M. zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, der Geschäftsführer der Ortsgruppe Oberstein des Deutschen Metallarbeiterverbands Richard Voerling zu 1 Monat und 5 Millionen (oder 1 1/2 Jahre), der Eisenbahngewerkschaftssekretär Franz Stinzling zu 2 Jahren und 7 Millionen (oder 2 1/2 Jahre) verurteilt.

Postmeister Theodor Schiermann in Besslau war angeklagt, ohne Erlaubnis der französischen Behörde eine Telegraphenleitung Mainz-Worms, die durch den Streit stillgelegt war, durch geheimes Anschluß an das Postamt Besslau benützt zu haben. Das Kriegsgericht verurteilte Schiermann zu 2 1/2 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, den Postschaffner Christian Tengel wegen Beihilfe zu 45 Tagen und 2 Millionen Mark Geldstrafe (oder 10 Monate).

Totenfeier für Schlageter

Elberfeld, 8. Juni. Die Leiche des von den Franzosen in Düsseldorf erschossenen Albert Leo Schlageter ist auf dem Weg nach seiner badischen Heimat gestern früh hier eingetroffen und in der Stadthalle aufgebahrt worden. Heute fand darauf eine erhebende Totenfeier statt, worauf die Leiche unter riesiger Begleitung zum Bahnhof übergeführt wurde, um nach Schöna u bei Böhrrach übergeführt zu werden. (Schlageter ist der Sohn eines Bauern. Er trat bei Kriegsausbruch als Schüler freiwillig in das bad. Feldart.-Regiment ein und wurde schnell Offizier. Nach Kriegsende kämpfte er mit Auszeichnung im Balkenland gegen die Bolschewisten, im Kommunistenaufstand des Ruhrgebiets und im politischen Kuffstand in Oberschlesien. Den Franzosen hat er seit der Ruhrbesetzung manchen Schabernack, er wurde aber verraten und sogar von einem deutschen Postzeiprüfium feindlich verfolgt, was bekanntlich seine Verhaftung durch die Franzosen ermöglichte).

Neue Nachrichten

Der Münchener Hochverratsprozess

München, 8. Juni. In der gestrigen Verhandlung wurde als Zeuge ein Abenteurer namens Huß, Schweizer Staatsbürger, vernommen, der schon in aller Herren Länder „politisiert“ hat und angibt, er sei auch einmal Minister in der Republik Honduras gewesen. Dieser Huß stand ebenfalls eine Zeitlang mit den Kreisen in Verbindung, denen die Angeklagten angehörten. Huß behauptet, es habe der Man behanden, eine Vereinigung „Tscheta“, d. h. ermorden sollten, wie z. B. Dr. Heim, Dietrich Eckhardt u. a. Als Huß dem Dr. Kuge (Heldberg), der nach der Behauptung Huß auch zur Tscheta gehört haben soll, gegenübergestellt wird, legt ihm Kuge ins Gesicht, er habe ihn gleich als Schuft erkannt.

Unzufriedenheit in Belgien

Paris, 8. Juni. Verschiedene Pariser Blätter melden, daß der Verlauf der Besprechung in Brüssel die belgische Regierung sehr wenig befriedigt habe. Minister Theunis wolle sich nach London wenden. Auch auf französischer Seite ist man enttäuscht.

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung begründete Abg. Aufhäuser (soz. Gewerkschaftsführer der Angestellten) die sozialdemokratische Anfrage über die Feuerungsanlagen in a h n a h m e n. Die Ruhrbesetzung habe das deutsche Volk

den Kreisen ausgeliefert, die aus der Marktentwertung Gewinn ziehen wollen. Man müsse nicht nur mit den Franzosen, sondern auch mit diesen Kreisen abrechnen. Die Unruhen seien die ausgespeicherte Erbitterung gegen die Anknüpfung der Rat und die Unfähigkeit der Reichsregierung dagegen. Das mit Opfern der Reichsbank erkaufte Senken des Dollars habe nur der Schwerindustrie Nutzen gebracht. Das Bürgschaftsangebot der Industrie und der Landwirtschaft sei wertlos, weil sie mehr verlangen, als sie anbieten. Das Reich müsse an den Sachwerten der Industrie Besitztümern bekommen, die Lohnsteuer herabgesetzt und Lohn und Gehalt den Preisen angepaßt werden. Wenn die Lösung durch Regierung und Parlament nicht gemacht werde, werde die Mobilisierung der Massen notwendig werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Ztr., Pfarrer) erklärt, die Regierung habe schon eine Erhöhung der Unterstützung für Sozial- und Kleinrentner usw. vorbereitet. Die Erwerbslosenunterstützung werde rückwirkend auf 4. Juni um ein Drittel erhöht. Reichsrat und Reichstag werden aber wohl darüber hinausgehen. Auch die Kurzarbeiter werden angemessen entschädigt werden. Infolge der Marktentwertung habe sich die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Ein Erfolg der Marktlösung war nur zu erwarten, wenn nicht durch neue Lohnhöhungen Anlaß zu neuen Preissteigerungen gegeben gewesen wäre. Bei wichtigen Waren wurde ein Preisabbau erzielt, wenn auch nicht in dem wünschenswerten Maß. In den großen Industrien seien Lohnhöhungen um 57 Prozent und mehr eingetreten und die Aufwärtsbewegung sei noch nicht abgeschlossen. Die Bedenken gegen die „Goldlöhne“ seien nicht widerlegt. Solange das entwertete Deutschland ständig bedroht und vergewaltigt werde, könne sich die Währung nicht festigen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erinnert daran, daß die Reichsregierung vor gewissen Beschlüssen der Reichstagsmehrheit beim Steueranpassungsgesetz gewarnt habe. Die Bedenken haben sich als richtig erwiesen. Bis 6. Juni seien 22 Milliarden Finanzanleihe eingegangen. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zum 16. August und 16. November werde wahrscheinlich auf den 20. und 20. Dezember der Steuer von 1922 festgelegt werden müssen. Die Besteuerungen sollen der Geldentwertung möglichst angepaßt und die Verbrauchssteuern bedeutend gesteigert werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker: Die Drohungen des Abg. Aufhäuser lassen erkennen, daß es ihm nur um Heße zu tun war. Deutschland sei durch den Vertrag von Versailles verurteilt, wie das Statistische Reichsbüro überzeugend nachgewiesen hat. Dabei habe sich dem Aufstiege allerdings auch die verminderte Arbeitsleistung entgegen. Im Gegensatz zu Aufhäuser haben die Sachverständigen im Untersuchungsanschuß den im In- und Ausland angelegten Deutschen sehr gering eingeschätzt. Diesen Sachverständigen glaube er (Minister) mehr als dem Abg. Aufhäuser. Aber selbst wenn durch Verschlebung deutschen Geldes ins Ausland dem deutschen Steueramt Mittel verloren gingen, so würde der der deutschen Wirtschaft daraus entstehende Verdienst viel höher sein. Wirtschaftliche Fragen soll man wirtschaftlich, nicht politisch behandeln. Bei dem andauernden Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr sei die Marktentwertung eine natürliche Erscheinung. Trotzdem sehe die Regierung nicht untätig zu und die neue Devisenordnung werde scharf durchgeführt werden. Die Löhne werden selbstverständlich erhöht werden, vor allem aber müsse dem Mittelstand geholfen werden. Die Währung werde nur gesunden, wenn wir frei von Entschädigungslasten unsere Erzeugnisse auf dem Weltmarkt absetzen können.

Fortsetzung der Aussprache Freitag nachmittag 2 Uhr.

Württemberg

Stuttgart, 8. Juni. Kommen Wahlen? Zum Vorstehen des Landeswahlprüfungsausschusses ist anstelle des Ministerialrats Dr. Widmann der Oberregierungsrat Dr. Kiesel im Ministerium des Innern ernannt worden.

Stuttgart, 8. Juni. Vom Vordag. Die Abg. Dr. Behringer, Dr. Fürst, Siller und Dr. Wolff haben an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gestellt: Während der Reisezeit der letzten Jahre hat sich die besagte Erscheinung gezeigt, daß volkstümliche Ausländer, insbesondere aus den früheren Feindstaaten, in rücksichtsloser Weise die deutschen Geschäfte zum Schaden der einheimischen Bevölkerung ausgekauft haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um in diesem Jahr derartigen Auswüchsen in Fremdenverehr wirksam vorzubeugen?

Stuttgart, 7. Juni. Die übliche Fleischpreiserhöhung. Von Freitag an kosten: Ochsen- und Rindfleisch 1.9000 (bisher 8800) M., Hammelfleisch 8000—8100 (7400—7500) M., Schaffleisch 6000—6200 (5500—5700) M., je das Pfund. Die Preise der übrigen Fleischsorten bleiben unverändert.

Stuttgart, 8. Juni. Die Württ. Feuerversicherung a. G. verzeichnet im Geschäftsjahr 1922 unter dem Einfluß der Geldentwertung eine Erhöhung der Gesamtversicherungssumme von 20,7 auf 185 Milliarden und der Bruttoprämieinnahmen von 81 auf 719,5 Millionen Mark. Schäden wurden bezahlt und zurückgestellt in der Feuerversicherung 114,1 Millionen, in der Einbruchdiebstahlversicherung 3,4 Millionen, davon 23,3 bzw. 1,1 für eigene Rechnung. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 149,4 Millionen Mark. Den versicherten Mitgliedern wird, wie seit 44 Jahren, eine Dividende auf die Bruttoerträge von 60 Prozent gewährt.

Ein Konzert für die Ruhrhilfe in der Wiederhalle hat den Betrag von über 2 1/2 Millionen Mark erbracht, wovon rund 600 000 Mark freiwillige Spenden. Der Wiederertrag hat die Saalkosten auf sich genommen.

Ein taubstummes Junge von ungefähr 14 Jahren wurde in Stuttgart aufgegriffen. Eine Verständigung mit ihm ist nicht möglich. Auf der Innenseite des Hinterrückens ist von Rinderhand geschrieben: Richard Landwarter Nr. 129. Diese Nummer findet sich auch an einem Stiefel. Behörden, Pfarrämter usw. werden um sachdienliche Mitteilungen an das Jugendamt Stuttgart ersucht.

Bestellungen auf den „Gesellschafter“ werden jederzeit bei allen Postanstalten, Agenturen und der Geschäftsstelle entgegengenommen.

Stuttgart, 8. Juni. Finanzausschuß. Die Ministerien des Innern und der Finanzen sind vom Finanzausschuß ermächtigt worden, notleidenden Gemeinden und Amtskörperschaften zu den vom Reichsfinanzministerium aufgestellten Bedingungen Kredite bis zu 2 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. Stuttgart bringt 1341, Ulm 150, Schramberg 100, Heilbronn 93, Weisheim 25, Gmünd 25, Bollingen und Crailsheim je 5, die Amtsbehörde Lettmang 5, die Gemeinde Löffingen 4 Millionen Mark. Ferner wurden weitere 276 Millionen Mark für die Umbauten der chirurgischen Klinik in Tübingen bewilligt.

Stuttgart, 8. Juni. Verurteilter Einbrecher. Der Einbrecher August Popp, gegen den die Verhandlung vor der Strafkammer schon vor 2 1/2 Wochen begonnen hatte, wurde wegen 66 schwerer Einbrüche in Württemberg, Baden und Hohenzollern zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Drei Hehler erhielten 4, 3 und 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

Stuttgart, 8. Juni. Der Beratungsausschuß für gewerblichen Rechtsschutz beim Landesgewerbeamt wurden im Jahr 1908 sehr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, die es ermöglichten, Erfindern Auskunft und Unterstützung über Patente und Musterrecht zu erteilen. Mittel zur Kammlung eines Schutzrechts zu beschaffen und manchen aus den Schillingen eines Patentschwindlers zu bereuen. Durch die Geldentwertung und andere Ursachen ist die Beratungsausschuß außerstand gesetzt, diese Aufgaben zu erfüllen. Es ist deshalb ein Arbeitsausschuß gebildet worden, der u. a. dafür wirken soll, daß dem Landesgewerbeamt freiwillige Beiträge zuzuführen. Die erhebliche Stützung eines Patents ermächtigt vorläufig die Weiterarbeit der Beratungsausschuß.

Münchlingen, 8. Juni. Schneefall. Die starken Niederschläge am Donnerstag vormittag waren mit Schnee untermischt, so daß einzelne grüne Hänge wieder im Winterkleid erschienen. Auf der rauhen Alb ist dies allerdings keine Seltenheit. Oft müht man zur Heuernte (regelmäßig an Semmer-Johanni) überreifes Gras, das am selben Tag vor der Sonne zum besten Heu des Landes gedörrt ist.

Münchlingen, 8. Juni. Gutes und schlechtes Geschäft. Ein bekannter Viehhändler faulle in Hardt eine alte Kuh um 2 Millionen Mark und schenkte sie einem Fabrikarbeiter um 3,9 Millionen Mark auf. Die Polizei erhielt jedoch von dem letzten Besizer Kenntnis und erließ eine Anzeige beim Wuchergesicht. Im Schlauberger hatte nun schleunigst die Kuh zurück, was in aber nicht vor einer gesalzenen Strafe schätzen wird.

Lettmang, 8. Juni. Häuser und seine Jünglinge. Der Propst Häuser, der die Gerichte schon wiederholt beschuldigt hat und gegenwärtig in Norddeutschland eine viermonatige Gefängnisstrafe verbüßt, stand vor dem Schöffengericht wegen großer Beleidigung eines Nichten beim Amtsgericht Lettmang. Mit einer großen Gemeinde, die hauptsächlich aus Weibskindern bestand, und in Begleitung von zwei Bandführern in Zivil, kam Häuser von seinem derzeitigen Gefängnisarrest in Norddeutschland nach Lettmang. Er markierte den Kranken und ließ sich in gemäßigter Pose, die Zigarette im Mund, in das Gerichtsgelände tragen. Seine Propstentage fand dort allerdings keinen Anklang. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Gegen Schluß der Verhandlung mußte wegen ungebührlichen Verhaltens der Weiber der Saal geräumt werden.

Schloßberg, 8. Juni. Austerlitz. Bei Schloßberg Ortner löste sich eine Kuh von der Kette beriet durch die offene Tür in den Hausflur und sprang durch einen umstürzenden Eimer erschreckt, auf die Bodentreppe und marschierte dann gemächlich die Treppe hinauf. Schließlich gelangte das Tier glücklich oben an und tat sich dann an dem vorgefundenen Futter glücklich. Aber wie es nun den Weg auf der Treppe zurückmachen lassen? Es zahlreich zu Hilfe gestellte Einwohnerchaft beriet und fand sich schließlich keine andere Möglichkeit, als das Dach durch Abnehmen der Ziegel und Platten zu öffnen und es einem durch Reifholz hergestellten Weg die Querefreiheit wieder in den Stall zurückzuführen.

Lettmang, 8. Juni. Die Zigeunerplage. In hiesigen Geschäften haben drei Zigeunerinnen schwere Diebstähle verübt. Obgleich die Bande sofort verfolgt wurde konnten die gestohlenen Waren nicht mehr vorgefunden werden. Die Klagen über das Zigeunerwesen mehrere sich allerorten so sehr, daß die Regierung nun einmal kräftige Maßnahmen ergreifen sollte.

Vom Bodensee, 8. Juni. Feuerwehrtagung. Im Ueberlinger Kronenpark hatten sich die Vertreter des Bodensee-Feuerwehroverbands unter dem Vorh. von Oberkommandant Schmidt-Lindau kürzlich zusammengesunden, um zu beruflichen Fragen Stellung zu nehmen. Man verhandelte u. a. auch über die Feuerwehrtagung, für die in Lettmang geschickte Unterlagen vorhanden seien, auf die sich die Gemeinden stützen könnten, während in Baden in dieser Hinsicht noch nichts getan sei. Die Vertreter tauschten ihre Erfahrungen mit Feuerlöschgeräten, Alarmeinrichtungen usw. aus. Der nächste Bundestag soll in Lindau stattfinden. Empfohlen wurde die Beachtung guter Disziplin unter den jungen Mannschaften. Für die den Ordnungsdienst im Ruhrgebiet verzeichnenden Kameraden wurden 273 000 M. gesammelt.

Gangfische. Mit Anfang dieses Monats hat die Gangfischerei im Untersee ihre Ende gefunden. Bei wenig günstigen Wetter war das Ergebnis zumeist unbefriedigend, was auch für die übrige Fischerei gilt. Am 15. Juni beginnt die Zugangfischerei wieder, die bis zum 1. Oktober ausgeübt werden kann.

Der Bodensee als Riesenschaubekken. Im Zusammenhang mit der geplanten Oberdeinregulierung steht die Befestigung des Bodensees zu einem Rhein-Schaubekken, denn nur dadurch können die ungeheuren Wasserstandsgegenstände vermindert werden. Die dazu erforderlichen technischen Maßnahmen sind zwischen Deutschland und der Schweiz im Zusammenhang mit der Rheinregulierung vereinbart worden. Durch eine Stauanlage würde sich die ungeheure Wassermenge von einer Milliarde Kubikmeter aufspeichern lassen, die so vor teilsaft werden soll, daß nicht mehr als 1000 Kubikmeter pro Sekunde abfließen. Die Schweiz plant im Anschluß an diesen Wert, dessen Vorteile für die Schiffahrt auf der Hand liegen eine zusammenfassende Regulierung des gesamten Bodensees

abwärts alle...
Böden...
Freibur...
Den J...
Die g...
Nach...
Dre...
Natu...
v...
Mag...
1.000 M...



Abfluss aller Schotterseen. Dadurch würde die Wasserführung des Oberrheins für die Wintermonate vom Januar bis März herab vermindert werden, doch auch in dieser Zeit Schlepplänge von 2 Meter Tiefgang, 11 Meter Breite und 75 Mtr. Länge nach wirtschaftlich verwendet werden können.

Böblingen. Baumgärtnervereinsversammlung. Reichlich des Besuchs der Baumgärtnervereinsversammlung des Bezirks Herrenberg am letzten Sonntag trafen sich am Nachmittag die beiden Vereine Böblingen und Herrenberg, sowie je eine Abordnung des Calmer und Nagolder Bezirks in Holzgerlingen. Sehrwichtige Obstanlagen wurden hier besichtigt, verbunden mit einer Demonstration über Sommerkautschuk. Im Anschluss daran fand dann im Böben eine Versammlung statt, die Oberbaumwart Rahn eröffnete und leitete. Manche Berufsleute wurde erörtert, die neuen Fortschritte auf dem Gebiete des Obstbaus und gemachte Erfahrungen über Sorten etc. mitgeteilt, ferner wurde eine Kommission von 2 Mitgliedern der 4 Oberrheiner Bezirke, Böblingen, Calw, Herrenberg gewählt, die dazu berufen sind die gegenseitigen beruflichen Interessen und Obstbaufragen mit einander von Zeit zu Zeit zu besprechen und ganz besonders auf eine richtige Sortenwahl hinzuwirken. An der Debatte beteiligten sich lebhaft: Walter Altensteig, Rupp Calw, Weber Bülstein u. a. m. Als nächster Ort der Zusammenkunft wurde Herrenberg gewählt. Wenn es die Zeit- und Obstverhältnisse erlauben, wird damit eine Obstausstellung im Herbst verbunden.

Freiburg, 8. Juni. An die Zeiten des Schinderhannes erinnert das, was in der Nacht zum Sonntag sich in Stegen bei Freiburg zugegetragen hat. 5 Eindringlinge drangen mit vorgehaltenem Revolver in das gräfliche Schloss und raubten alle Wertsachen. Außerdem raubten sie in mehreren Bauernhäusern Lebensmittel. Ein näherer Bericht folgt: In der Nacht auf Sonntag wurde von einer mehrköpfigen Räuberbande das Schloss, das zurzeit von der Gräfin Bismarck bewohnt wird, heimgesucht und eine Reihe wertvoller Sachen geraubt. Die Räuber, die Gesichtsmasken trugen, überfielen den russischen Diener im Schlaf und krebellen ihn mit grausamer Welle. Hieraus überfielen sie die Gräfin in dem Schlafzimmer, zwangen sie unter Androhung des Lebens ihre Schmucksachen herauszugeben und waren eben im Begriff, sie zur Deckung des Geldschrankes zu zwingen, als sie plötzlich durch Hilferufe eines eben nach Hause gekommenen Wieders erschreckt, eiligst Reißaus nahmen. Es ist dies innerhalb dreier Wochen das zweite Mal, daß das Schloss derartigen Besuch erhält.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 9. Juni 1923
Zum Sonntag.

Einkehr

Den Frieden in allen Dingen, den lernet man allein in wacher Hingebung und Innigkeit. Wer ihn haben will, der soll und muß es da lernend; er muß es mit eingeleitetem Gemüt suchen und nirgends anders; hier ist es befehlend und beworzelt. **Lauder.**

Und einmal nur am Tage ein Weilschen Seltenein und einmal nur am Tage ein fröhliches Meis! Es ist dir manche Frage und segnet manches Leid. Das Weilschen an jedem Tage verhilft dir zur Entgehn!

Die geschlichen Feiertage. Der Reichsausschuss des Reichstags hat die Regierungsvorlage über die Bestimmung der geschlichen Feiertage mit einigen Zusätzen angenommen. Danach gelten künftig als bürgerliche Feiertage der Verfassungstag am 11. August, der Gedenktag für die Opfer des Krieges (6. Sonntag vor Ostern), Weihnacht, Neujahr, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten. Karfreitag und Fronleichnamstag sollen als reichsgesetzlich insoweit anerkannt und festgelegt sein, als sie nach bisherigem Brauch staatlich anerkannt waren. Das gleiche gilt hinsichtlich des Herbstferien und des Bußtags am Mittwoch vor dem letzten Trinitatis Sonntag. Als Schichttag wurde für die drei Feiertage Bußtag, Karfreitag und Fronleichnam der 11. August 1919 festgelegt. Der Regierungsentwurf hatte den 1. Januar 1923 vorgesehen, was zur Folge, daß diese Feiertage in den Staaten wieder reichsgesetzlich anerkannt sind, wo sie mittlerweile von den republikanischen Regierungen abgeschafft oder staatlich nicht mehr anerkannt wurden.

Nachtfrost. In der Nacht zum Freitag ist der Wärmemesser durchschnittlich auf 3 Grad Celsius, in höheren Lagen bis auf 0 gesunken. Meldungen über Frostschäden liegen bis jetzt nicht vor.

Dreifache Postgebühren. Das Reichspostministerium hat sich, entsprechend den Beschlüssen des Reichsverkehrsbeirats vorläufig mit einer Erhöhung der Postgebühren um das Dreifache und der Fernspreckgebühren um das Siebenfache ab 1. Juli begnügt, zugleich aber erklärt, daß dieser Tarif nicht von langer Dauer sein könne.

Millionentausend. Die Reichsbank beschließt, gleich nach der Ausgabe des 500 000 Markscheins einen Millionenmarktschein herzustellen.

Naturabrechnung. Die Organisten in Walsch bei Karlsruhe werden in Zukunft ihre Honorare in Naturalien beziehen. Sie verlangen für ein Amt mit Organist und Sängern ein Pfund Butter oder 12 Eier, oder 7 Liter Milch, oder 9 Pfund Weizen, oder 9 Pakete Streichhölzer, oder 1 Pfund Fleisch, oder falls mit Papiergeld bezahlt werden sollte, den jeweiligen Preis eines dieser Erzeugnisse. Eine Schieferlingmesse kostet die Hälfte. Ein Hochzeitsmahl kostet die volle Friedensgebühr oder den Papiergeldwert von zwei Pfund Fleisch. Ein Amt aus Amerika kostet einen halben Dollar, aus der Schweiz zwei Franken.

Das Ergebnis der Gemeinderäte im Oberamt Nagold. Das Ergebnis der württ. Gemeinderäte für das Jahr 1920 liegt nunmehr vor. Mit 453,7 Mill. Mark übertrifft es das des Vorjahrs mit 262,8 Mill. Mark um 137,7 vom Hundert; 1914 v. B. waren es noch 62,6 Mill. die Katastersumme hat zum ersten Mal eine Milliarde erreicht (1.000 Millionen). Die Steuersumme liefern 16 Steuer-

quellen, davon waren 1920 neu die Vergütungs-, Fremdenwohn- und Bauabgaben, welche letztere zunächst allerdings nur in 4 Gemeinden erhoben wurde. An der Spitze der Erträge steht wiederum die Gemeindefinanz mit 51,6 Proz. (1919: 48,5) aller Steuern erbrachte; ihr folgte der Gemeindeanteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mit 40,2 (1919 Gemeindefinanzsteuer 44,1) Proz. Ohne Umlage kamen 86 (57) Gemeinden aus; bei den meisten bewegt sie sich zwischen 10 und 20 vom Hundert. 643 (im Vorjahr erst 232) Gemeinden hatten eine Umlage von mehr als 20 Proz. der Kataster, davon 16 sogar eine solche von über 50 Proz. Eine Verbrauchsabgabe von Gas hatten nur Ellwangen und Ehingen, von Elektrizität gar keine Gemeinde. Ueberall erhoben wurden auf Grund gesetzlicher Vorschriften die Hundesteuer, sowie die Vergütungs- u. Reichsumsatzsteuer, wenn auch aus den beiden letzten Quellen 1920 nur etwa Dreiviertel der Gemeinden Einnahmen verzeichneten. Die Summe der für die 63 Amtskörperschaften erhobenen Umlagen betrug 50,7 Millionen Mark (gleich 6,9 (6,1) vom Hundert der Katastersumme von 735,5 Millionen (ohne Stuttgart, wo keine Amtskörperschaft Umlage in Frage kommt). Im Oberamt Nagold betrug die Katastersumme 5 628 953 M. Es erbrachten in Mark:

Gemeindefinanz	649 696
davon Grundsteuer	398 790
Grundsteuer	107 824
Gewerbesteuer	143 082
Anteil an der Reichseinkommen- u. Körperschaftsteuer	408 713
Gebührer Gemeindefinanz	4 341
Zulage aus Ausgleichslohn	6 800
Anteil an Reichsumsatzsteuer	30 092
Vergütungssteuer	8 233
Wohnsteuer	30 213
Fremdenwohnsteuer	248
Verbrauchsabgabe von Bier	1 017
Zulage zur Grundsteuer	8 111
Grundstücksabgabe	1 511
Hundsteuer	25 749
Wandergewerbesteuer	3 622
Anteil an der Zuwachssteuer	—
am Zuschlag dazu	—
Bauabgaben	—
Sonstige Steuern	—
Gesamter Ertrag	1 178 346

Unter der Gemeindefinanz ist die Amtskörperschaftsumlage mit 400 000 M. enthalten. Die amtskörperschaftliche Wandergewerbesteuer ergab 47 M.

Altensteig. Gemeinderatsitzung vom 6. Juni. Der Milchpreisfestigung ab Sommerstelle auf 840 M je Liter vom 1. Juni ab. Es ab nicht der Gemeinderat wegen keine Zustimmung. Der gewöhnt Milchzuschlag für Kinderbewilligte wird im Hinblick darauf, daß die bedachten Personen fast ausschließlich der Sozial- und Rentenversicherung angehören und hieraus angemessene Unterstützungsbeträge erhalten, mit Wirkung vom 1. Juni an eingestellt. Die seit 1. Januar d. J. unveränderten Schlachtabrechnungsbeträge werden auf den hohen Betrag erhöht. Die Strompreise müssen abermals geregelt werden. Für den Monat Juni werden erhoben: für Licht 300 M und für Kraftstrom 280 M je RWS. Die Abrechnung für die letzten Monate. Den gestellten Anträgen auf Genehmigung neuer Anschlüsse an die Wasserleitung u. an das Elektrizitätswerk wird stattgegeben. Bänkeren Zeitraum erfordert die Stellung des Gemeinderats zur Frage der Beschaffung neuer Wohnungen zur Festlegung der Wohnkosten. Der Vorsitzende schließt die gemachten Entschlüsse auf dem Wohnkomitee und teilt dabei mit, daß es an größeren Wohnungen zur Unterbringung kinderreicher Familien fehle. Das Anerbieten des Hrn. Wala. Muttermieses, hier zur Erstellung eines Haus 6 mit 3 Wohnungseinheiten an der Altensteigdorferstraße mit Unterstützung der Stadtgemeinde wird im vorgetragenen Sinne angenommen. Der Einbau einer Dreizimmerwohnung im Herrensteiggebäude wird genehmigt. Wegen der Erbauung von Wohnhäusern einfacher Bauart oberhalb der Wassertrudrücke soll zuvor Augenchein vorgenommen werden. Für den zum Verkauf bestimmten Weizenabschnitt der Herrensteig wird ein 2. Versteigerungstermin angesetzt. Die Beratung Klein. Verwaltungsgesellschaft bildet den Schluß der Sitzung.

Illerlei

Skagerrakoffener auf hoher See. Der auf der Vulkanwerk in Steintin für den Norddeutschen Lloyd gebaute 13 325 Tonnen große Reisedampfer „Alinda“, ein wundervoll ausgestattetes Schiff, machte am 5. Juni seine Probefahrt von Eimünde nach Bremerhaven, die ausgezeichnet verlief. Während der Fahrt veranstellte der Generaldirektor des Lloyd mit den Kapitänen und der Schiffsbesatzung, soweit sie abkömmlich war, an der Stelle, wo die Schicht stattgefunden hatte, eine Gedenkfeier. Zum Gedächtnis der gesunkenen deutschen Seehelden wurde ein Kranz aus frischen Blumen von der Kommandobrücke ins Meer geworfen.

Die Ständbilder Fisches und Savignys, der beiden ersten gemahlten Rektoren der Berliner Universität, werden jetzt vor dem Haupteingang des Universitätsgebäudes aufgestellt. Die Ständbilder sind in Wachsform ausgeführt und ohne Sockel 2 1/2 Meter hoch. Schöpfer ist der bekannte Professor Hugo Bederer, der u. a. auch das Bismarckstandbild in Hamburg geschaffen hat.

Luftschiff verbrannt. Das größte amerikanische Luftschiff ist bei einem Unwetter verbrannt, nachdem es gerade nach einem Probeflug an einem stählernen Mast auf dem Flugplatz Dayton verankert worden war. — Auf gleichem Art ist betamlich das Zeppelinluftschiff bei Echterdingen verunglückt.

Schwerer Diebstahl. Einem Amerikaner wurden im D-Zug Hannover-Berlin Schmucksachen im Wert von über 100 Millionen Mark gestohlen.

Der Ursprung des Chinins. Die Ärzte des 15. und 16. Jahrhunderts rühmten Christoph Kolumbus, daß er durch seine Entdeckung Amerikas den Arzneischatz der Welt um Mittel bereichert habe, für die ihm die Heilkräuter nicht dankbar genug sein könne. Zu diesen Mitteln gehört in erster Reihe die Chinarinde, die nichts mit China, dem

Reich der Mitte, zu tun hat, sondern ihren Namen der südamerikanischen Inka-Sprache verdankt, in der das Wort Quina „Baumrinde“ bedeutet. Die früheste Kenntnis von dem Baum blieb auf die Gegend von Loja beschränkt, wo im Jahr 1630 der spanische Corregidor (Schultheiß) durch Chinarinde vom Wechselfieber geheilt worden sein soll. Als dann später die Gemahlin des Bischofs von Peru, die Gräfin von Chinchon, am Fieber erkrankte, sandte der Corregidor Chinarinde an den Arzt Juan de Vega in Lima, dem es auch gelang, die Gräfin damit zu heilen. Aus diesem Grund wurde der Baum später Chinchona und das aus der Rinde bereitete Pulver „Gräfinpulver“ genannt. Durch Vega war die heilkräftige Rinde auch nach Spanien gekommen, wo sie aber bald in den Geruch des Salatrakrauts kam, weil man sich das rasche Sinken des Fiebers nach Einnahme der Rinde bei dem damaligen Stand der ärztlichen Wissenschaft nicht anders erklären konnte, als daß der Teufel dabei seine Hand im Spiel habe. Da nahm sich ein Landsmann des Kolumbus, der Genueser Arzt Sebastiano Bado, der Sache an und er erreichte es, daß die Rinde in den Arzneibüchern Aufnahme fand, in dem sie ein wertvoller Bestandteil geblieben ist.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 8. Juni 78 796,50 (79 699).
1 Dfl. Sterl. 301 843, 100 holl. Gulden 3 074 750, 100 Schw. Fr. 1 416 450, 100 franz. Fr. 506 200, 100 belg. Fr. 435 900, 100 ital. Lire 388 000, 100 österr. Kr. 109 82, 100 tschech. Kronen 234 400, 100 poln. Mark 122.
Wichtige Wirtschaftsjahres. Großhandelsindex (25. Mai) 9034, Goldkollonindex (6.—12. Juni) 1 189 000 Prozent, Goldkaufpreis für 20 Mark 280 000, Reichsbankdiskont 18 Proz., Papiergeldumlauf 8576,3 Milliarden, Weizen mark. Berlin 130 000 b. Jtr., Getreide 221 200 d. Tonne, Braunkohle 128 200, Rohelien (Weiz.) 1 600 000 d. T., Kupfer 24 880, Baumwolle 49 253 d. Kilo.
Vom Berliner Geldmarkt. Geld gegen Schatzscheine 14—16 Proz., andere Wertpapiere 24—36 Proz.
Das Goldkollonindex wurde vom 13. bis 19. Juni von 1 189 900 auf 1 431 000 Prozent hinangeht.
Der Goldbestand der Reichsbank hat sich nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai wieder um 75 Millionen Goldmark vermindert, und zwar mühten sich unter Zueck der Einlösung des letzten zeitlichen Schatzscheins aus dem Kassenbestand in Berlin 53 Millionen nach Amerika verschifft werden (amerikanische Banken hatten die am 15. Mai fälligen Schatzscheine im Betrag von 50 Millionen nach diskontiert, der Bankgewinn beträgt somit 3 Millionen Goldmark), außerdem wurde die freie Goldhinterlage der Reichsbank im Ausland um 22 Millionen vermindert. Der gesamte Goldbestand beträgt hiernach noch 757,9 Millionen Goldmark.
Wettererhöhung für Handarbeitssparte. Die Vereinigung deutscher Febranten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitssparten (Strichgarn) hat, wie die Zeitschrift „Die Textil-Woche“ erzählt, den Preiszuschlag auf die Felle vom 4. 12. 22 mit Wirkung vom 3. Juni ab für Strick-, Stoff- und Hülsegarne auf 1000 v. S. für Strick- und Handarbeitssparte auf 900 v. S. erhöht.
Liverpool, 7. Juni. Baumwollpreise: Juli 15,80 (15,73); Alexandria-Woolwolle: Juli 31,00 (31,15).
Der Weizenpreis. Das Weizenmonatsmittel hat den am 5. Juni von 6000 auf 5400 Prozent herabgesetzten Ausschlag am 7. Juni wieder auf 5700 Prozent erhöht.
Weizenmehlpriest der Sächs. Mühlenvereinsung am 8. Juni 475 000 (460 000) Mark für 100 Kilo.

Stuttgarter Börse, 8. Juni. Die Gesamtbilanz der Börse war heute nicht recht fest. Die Abfindung der deutschen Rote blieb ohne wesentlichen Eindruck. Es waren wieder zahlreiche Kaufaufträge vorhanden, bei geringem Verkaufsangebot. Die Kurse waren teils bedauert, teils höher als vorgestern und das Geschäft sehr umfangreich. Nach der Markt der Febrerzinsliche lag fest. — Bankaktien: Hypothekbank 3700, Vereinsbank 16 000 (15 000) rot, Braueriemerle: Wasse 30 900 (25 000), Hohenloher und Kettenmeyer je 60 000, Ehlinger 19 000 (17 000), Ravensburg 16 000. Metallaktien: Feinmechanik 130 000 (115 000), Hobar 120 000 (110 000), Janghaus 39 000, Metallwaren 130 000 (115 000), Maschinenwerke: Daimler 36 000 (33 000), Zambelmer 105 000 (95 000), Magirus 29 000, Ehlinger 44 000, Heiser 35 000 (29 000), Weingarten 31 000 (26 000), Redarolmer 60 000 (40 000) rot, Spinnereaktien: Erlangen 60 000, Unterbauhen 88 000 (80 000), Dietrichheim 220 000 (190 000), Kolb-Schille 60 500, Ruchen 84 000, Jilz 115 000, Kallun 100 000, Leinenindustrie 180 000. Sonstige Werte: Amilin 82 000 (73 000), Heilberberger Zement 35 000 (32 000), Kaiser Otto 28 000 (21 000), Knorr 65 000 (50 000), Krumm 16 500, Salzwerk Heilbronn 410 000 (350 000), Weidenheim 49 000 (45 000), Stuttgarter Zucker 44 500 (42 000), Altn-Rottwell 83 000, Junge Aktien der Union Deutsche Verlagsges. 57 000 (45 000), Mannheimer Del 85 000 (70 000), Ziegeleiwerke 46 000 (40 000). **Württ. Vereinsbank.**

Mannheimer Produktenbörse vom 7. Juni. Bei stetiger Haltung wurden heute für die 100 Kilo bahnfrei Mannheim verlangt (in holländ.): Weizen 275—300, Roggen 240—250, Gerste 195—215, Inland, Hafer 170—200, Rohmehl 92—94, Weizenmehl mit Sohl 100—120, Weizenkleie 110—115 M.

Wäppler Butter- und Käsebörsen. Kompen, 7. Juni. Wäppler Butterpreis 9400, häufigster —, bökster 9500 M.; Weichkäse —; ansereifer Rundkäse, häufigster 7900, konstantreifer Weichkäse 4900, bökster 5000 M. — Lebkäse Nachfrage nach Butter, Weichkäse und Rundkäse.

Berliner Fettmarkt, 8. Juni. Butter: Die heutige Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Großhandel und Erzeuger war je Pfund prima Qualität 11 200 M. Im Kleinhandel je Pfund 12 bis 14 000 M. — Margarine: Die Fabriken setzten die Preise stark herab auf 9700, 13 550 M. Bei diesen hohen Preisen ist das Geschäft tot. Die Preise waren selbst schwankend. Die Nachfrage war etwas besser. Die heutigen Notierungen sind: Choise Western Steam 11 900 M., Pure Lard 12 200 M., Berliner Profenalmehl 12 300 M. — **Speck:** Rüböl, Gölzener amerikanischer Rübenöl je 100 Kilo 11 200—11 700 M.

Wärkte

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 7. Juni. Zum heutigen Kleinviehmarkt waren zugeführt 34 Kälber, 290 Schweine und 545 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurde für das Pfund Lebendgewicht: Kälber 3000—3500 M., Schweine 6000—6500 M., Ferkel und Läufer für das Stück 170—200 000 M. Haltung: in Kälbern ruhig, langsam zerfallend, Schweinen ruhig, Ueberstand, Ferkel und Läufer ruhig. **Weilberstadt, 7. Juni.** Auf dem Schweinemarkt kosteten Milchschweine 1. Sorte 350 000—355 000 M., 2. Sorte 325 000 bis 350 000 M., je das Stück. Trotz der hohen Preisforderungen war in kurzer Zeit der ganze Markt getäumt.

Das Wetter

Ueber Süddeutschland hat sich ein kräftiger Hochdruck zusammengezogen, unter dessen Einfluß am Sonntag und Montag trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten ist.



Wildberg.
Die Stadtgemeinde bringt zum Verkauf:
**30—40 Ztr. eichen
Kaitel- u. Glanzrinde**
gemischt, garantiert unregnet.
Verschlossene Angebote sind bis spätestens
Mittwoch den 13. d. Mts. vormittags 10 Uhr
auf dem Rathaus abgegeben.
Die Ware kann jederzeit in offenem Zustande
am Lagerhaus beim Gasthaus zum Hirsch
besichtigt werden.
Anmeldungen bei Forstwart Böner,
Wildberg, den 8. Juni 1923.
1524 **Stadtschultheißenamt.**

Gemeinde Ebershardt.
Schafweide-Verpachtung.
Am Dienstag 12.
Juni d. J. nachmittags 2
Uhr wird die hiesige Schaf-
weide, welche mit 130 Stk.
besetzt werden darf, für
die Zeit vom 15. August
bis 30. November d. J.
auf dem Rathaus öffentlich verpachtet.
Bedingungen können dabei eingesehen werden.
Bekanntmachung
1503
Der Gemeinderat.

Wird sehr gut erhaltenes 1488
Fahrrad (Halbrenner)

hatte einen noch wenig gebrauchten
Blüsch-Diwan
hat zu verkaufen
Adolf Stieckel, Nagold, Schillerstr.

Vieh-Verkauf.

Von kommen-
den Montag
11. ds. Mts.,
vormitt. 7 Uhr
ab habe ich in
meiner Stall-
ung in Wild-
berg einen sehr
großen, frischen Transport frischemelkiger
**Rühe, trächtiger Rühe,
und hochträchtiger Kalbinnen,**
zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-
liebhaber freundlich einladet. 1529
Hermann Hoyer.

Einen neuen
Zweispänner-
Wagen mit Holz-
Leitern
sowie 60 neue
Exportjacke
und einen neuen
Kochofen
(Brenn) fest dem Ver-
kauf aus 1518
Joh. Bruckner
Oberjettingen.

Eine neuemelkige
Ziege
unter 4 die Wahl
verkauft
J. Butz, Nagold.

Hüte empf. G. W. Zaiser.

Eine robuste
**Abriht- u.
Dielenhobel-**
maschine
60 cm, sowie eine
Universal-
kreisäge
mit Fräse und
Bohrmaschine
ebenfalls neu,
sowie preiswert abzugeben.
Anfragen unter 1517
an den Geschäftsführer.

Hand-Datumstempel
liefert rasch u. preiswert
G. W. Zaiser, Nagold.

Stadtgemeinde Nagold.
Einladung zum Kinderfest
am 11. Juni.

Der Verlauf desselben ist vorgesehen wie folgt:
1. 2 Uhr: Festzug der Schüler von Calwerstraße über
Vorstadt zum Stadtplatz.
2. Allgemeiner Gesang: Geh' aus mein Herz.
3. Ansprache: Vorstand der Seminarbildungs-Schule.
4. Allgemeiner Gesang: Der Mai ist gekommen.
5. Gedicht- u. Gesangsverträge der einzelnen Schulen.
6. Allgemeiner Gesang: Im schönsten Wiesengrunde.
7. Spiele.
8. Schenkung der Kinder.
9. 6 1/2 Uhr: Schlußansprache.
10. Rückmarsch zur Vorstadt: Allgemeiner Gesang:
Deutschland, Deutschland über alles.
In zahlreicher Beteiligung wird die Einwoh-
nerschaft hiermit freundlich eingeladen.
Den 8. Juni 1923.

Gemeinderat:
1523 **Vors. Stadtschulth. Kaiser.**

Nagold.
Nächster Handelskurs beginnt
Montag 16. Juli
Anmeldungen baldgefl. an 1528
Isolde Gut, Calwerstr.

2 Harmonium 3 Spiel, 13 Register hell-
eichen mit Harfe 8' ver-
kauft zu 2 1/2 Millionen M.
1 Harmonium 4 1/2 Spiel, 16 Register
mitteleich m. Harfe 2' ver-
kauft zu 3 1/2 Millionen M.
1 Harmonium 4 Spiel, noch im Bau
zu 3 Millionen M. 1516
1 Harmonium 5 Spiel, noch im Bau
zu 4 Millionen M.
E. Wissmann, Kirchheim-T.

Der neue 1511
WEBER-BACKHERD
kocht, brätet, backt bis 15
schwere Brote, braucht wenig
Brennstoff u. ist kaum
teurer als ein Kochherd. —
Verlangen Sie Preisliste.
Anton Weber
Ettlingen.

Böfingen. 1488
Einen jüngeren
Knecht,
der mit Pferden um-
gehen kann, in d. 1
Gemeindepl. Remschler

Gesangbücher v. G. W. Zaiser
Gebrauchte aber gut
erhaltene „Mignon“-
Schreib-
Maschine
mit Sichelschnitt, hat
entbehrlichst. preis-
wert zu verkaufen. Zu
erfragen bei der Geschäfts-
stelle. d. B. 1521

Papiergeldstreifen
für alle Papiergeldsorten
vorrätig bei Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Roth & Paschkis A.-G.
STUTTGART
Fernruf 1340, 1344/45, 6362, 6864/66, 11201/03.
Tel. Adr.: Ropa.
Benzin — Benzol
Dieselmotor — Betriebsstoff
Teerprodukte — Paraffin.
Vertretung
für die Oberamtsbezirke Nagold und Freudenstadt:
Gebrüder Benz, Nagold
Tel. 122.
Lager in Nagold.
1519

Sport-
Verein
v. 1911
Nagold.
Teilnahme am
Festzug des
Radf.-Vereins
am Sonntag d. 10.
d. Mts. Treffpunkt
1/2 1 Uhr „Roter“,
Vollständig. Erzie-
nen erwünscht. 1522
Der Vorstand.

Gefunden
wurde zwischen Mitten-
feld u. Pfalzgrafen-
weiler eine 1514
Ledertasche
Kaufmann erweist die
Geschäftsstelle d. H.
Nagold. 1531
Verloren
ging ein 1531
Herren-
Regenschirm
am Donnerstag mittag
auf dem Hauptbahnhof
im Wartesaal III. u. IV.
Klasse. Abzugeben gegen
Belohnung bei
Frau Bläse, Bree.

Auslanddeutscher
sucht gegen bar einige
Knechte u. auch
Woh- oder Ge-
schäftshaus,
Mühle, Säge-
werk, Villa,
Fabrik oder
Hofgut
u. erbittet Angebote
unter Nr. 1328 an d.
Geschäftsstelle d. H.

Zwei gut erhaltene
Bettladen
hat preiswert zu ver-
kaufen. Zu erfragen
bei der Geschäftsstelle d.
Blattes. 1515

Streikt
Ihr Magen? Nehmen
Sie nur Dr. Soldan's
wirksamsten
Pepsinwein.
Depot: am
Drogerie Gebr. Benz
Nagold u. Ebhausen.

Mil.- u. Vel.-Verein Nagold.
Die Kameraden beteiligen sich vollständig
am Festzug des Radfahrer-Vereins.
Sammlung 1/2 1 Uhr im Lokal (Traube).
Vereinsabzeichen sind anzulegen; für Fest-
zugsteilnehmer Eintritt frei.
1508 **Der Ausschuß.**

1522 **Wenden, den 7. Juni 1923:**
Statt jeder besonderen Anzeige.

Trauer-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten, Freunden
und Bekannten machen wir die schmerzliche
Mitteilung, daß mein lieber Vater, unser
treubestorgter Vater, Bruder und Schwager
Georg Walz, Holzhauser
im Alter von 44 Jahren nach längerer
Krankheit sanft einschlafen ist.
In tiefer Trauer:
Die Gattin: Marie Walz, geb. Schmiele
mit ihren 3 Kindern.
Beerdigung Sonntag mittag 2 Uhr.

Jüngerer Knecht
für Landwirtschaft sofort gesucht von
1530 **Eugen Schill, Nagold.**

**Alle Farben, Lacke,
Öle, Pinsel, Mattie-
rungen, Polituren,
Beizen, Leim, Glas-
papier, usw. kaufen**
Sie am besten im
Spezialgeschäft bei
K. Ungerer
Nagold
1520 **Telefon Nr. 4**

Haarscharf
werden Ihre
**Rasiermesser u.
Scheren**
sowie alle Fachartikel
geschliffen von
Otto Kappler
Messer- u. Stahlwaren
NR. Rasierklingen werden
mit Spezialmaschinen
pünktlich geschliffen.
1520


FOCHTEN-
BERGER'S
Cölnisches
Wasser
Ist reich an essenswerten
Zu haben in allen einschlag.
Geschäften. Hersteller:
Joh. Chr. Fochtenberger
1340 Kalkstein 2. K.

Wärmer
bei Kindern u. Erwachsenen
besitzt Dr. Balleh's Wär-
mer. Zu haben bei Gebr.
Benz, Lina-Drög. 1443

Pferdverkau
am nächsten Montag
morgens 1/2 8 Uhr
der Stadtratsloge Rang
in Nagold.
Den 1524

Heugras-
Ertrag
meines Baumgartens
15.5 Hektar hinter der
Kirche verkaufe ich
abends 7 Uhr.
Carl Rapp
Wer leiht
600 000 M.
auf Hausstam-
breit und 20 %
Zins? Nur
biete unter Nr.
1502 an der Ge-
schäftsstelle d. B.

Gottesdienstordnung.
Evang. Gottesdienst
2. Sonntag n. D. (10. Juni)
vorm. 1/2 11 Uhr Predigt (Sch-
ner), 1/2 11 Uhr Kinder Sonntag
schule, 1 Uhr Eucharistie in
Lichter, 8 Uhr Erbauungs-
stunde im Vereinshaus.
Festschauen: Sonntag
8 Uhr Frühpredigt.
Ev. Gottesdienste der
Methodistengemeinde
Sonntag vorm. 1/2 10 Uhr
Predigt (J. Eiser), 1/2 11 Uhr
Sonntagsschule, 2 Uhr Bibel-
singverein abds. 8 Uhr Predigt
(J. Eiser) Montag abds. 7
Uhr Gesangsstunde. Mittwoch
abds. 8 1/2 Uhr Gebetsstunde.
Festschauen: Sonntag
abds. 8 Uhr u. Dienstag abds.
8 1/2 Gottesdienste d. H. Gell.
Gr.)

Kathol. Gottesdienst.
Sonntag 10. Juni, 1/2 8 U.
Frühgottesdienst, 11. Gottes-
dienst, 1/2 11 Uhr abds. 8 U.
Sonntag 11. Juni 1/2 11 U. Son-
ntag 15. Juni 1/2 11 U. Gottesdienst
in Wildberg.

